

Eine unvollendete Geschichte



Die Diskussionen um eine Universität in Luxemburg haben in der Tat lange gedauert. Sie dauern eigentlich auch noch an, und immer noch wird kritisch hinterfragt, was es denn nun soll mit einer eigenen Universität, da uns Luxemburgern der Zugang zu allen Universitäten offen stehe! Dass dies übrigens nicht mehr der Fall ist, dürfte ein zusätzliches Argument für die Universität sein.

Die nachfolgenden Aufzeichnungen der politischen Schritte sollen verständlich für den Nichtspezialisten und nachvollziehbar für den Kritiker sein. Wie es zum Gesetz vom Juli 2003 und zur Gründung der Universität kam, versuche ich zusammenzufassen in der Erinnerung an die neun Jahre, während derer ich die ministerielle Zuständigkeit für die Bereiche Erziehung, Hochschule, Forschung, Kultur und öffentliche Bauten hatte.

Die politische Auseinandersetzung mit Hochschule und Forschung hat auch im Parlament stattgefunden. Als Präsidentin der Kommission für Erziehung und Forschung, seit 1979, sowie der Spezialkommission *Forschung und Entwicklung* konnte ich sie bereits damals begleiten. Eine Spezialdebatte über eine Universität fand 1993 statt. Berichterstatte war François Colling.

Bereits vorher war die staatliche Unterstützung von Forschung und Entwicklung in der öffentlichen Diskussion. Die Grün-

dung der Forschungszentren *CRP Henri Tudor*, *Gabriel Lippman* und *CRP Santé* durch das Gesetz vom Juli 1987 (unter Minister Fernand Boden) hat maßgeblich dazu beigetragen, der Forschung einen eigenen Stellenwert zu geben und für Forscher auch Zukunftschancen hierzulande zu sichern. Das *CEPS* und das *Centre Robert Schuman* hatten internationales Renommee.

Die zahlreichen Initiativen einzelner Forscher und die durch Privatgelder unterstützten Projekte haben ganz gewiss zur Bewusstseinsbildung beigetragen. Viele bedeutende Luxemburger Forscher haben in ausländischen Instituten und Universitäten wichtige Positionen erreicht.

Die Frage des „*brain drains*“, der Abwanderung von Kompetenz wegen des Fehlens eigener Strukturen, sollte in diesem Zusammenhang nicht unerwähnt bleiben.

Cours Universitaires, IST, ISERP und IEES

Es gab trotz der Parlamentsdebatte keinen Konsens zur Gründung einer eigenen Universität. Sie war im Koalitionsabkommen nach den Wahlen von 1999 nicht vorgesehen, aber ihre Geschichte hatte bereits vorher begonnen...

Seit im 19. Jahrhundert der Zugang der luxemburgischen Studenten zu den ausländischen Universitäten durch ein Einstiegsjahr an den *Cours Supérieurs* vorbereitet wurde, gibt es Ansätze von universitärer Ausbildung. Sekundarschulprofessoren wurden berufen, um diese Kurse zu gestalten. Diese Möglichkeit der höheren Berufung war ein Ansporn, die *carrière plane* der Professoren, mit allzu wenig Anreiz zu beruflichem Weiterkommen, auszugleichen. Die am *Cours* tätigen Professoren hatten einen Stundenplan, der Zeit ließ für Forschung und wissenschaftliche Publikationen.

Dieses Modell hat eine große Zahl von überaus qualifizierten Professoren hervorgebracht, die publizierten und viel zur kulturellen Bereicherung des Landes beitrugen. Die *Cours* hatten außerdem den Vorteil, dass luxemburgische Studenten über das eine vorbereitende Jahr und die mit ausländischen Universitäten abgeschlossenen Abkommen die bestehenden *Numerus clausus*-Regeln umgingen, da ihnen mit einer Abschlussprüfung der *Cours Universitaires* aus Luxemburg die Einschreibung gesichert war.

Zur Ausbildung der technischen Berufe hatte sich über die Reformen der sechziger und siebziger Jahre das Technikum entwickelt. Nach der Handwerkerschule konnte der Student mit einem, später mit zwei und dann drei Jahren eine höhere Qualifikation erreichen. Die Abgänger des *IST (Institut Supérieur de Technologie)* hatten in der Regel schon einen Arbeitsplatz bei der Diplomüberreichung! Das war und ist immer noch eine hochgeschätzte Ausbildung für die Privatwirtschaft und für Staat und Gemeinden. Dieses Institut sollte später zum Abschlussdiplom des *Ingénieur industriel* ausbilden, vor den Bologna-Reform eine vierjährige Ausbildung im Ausland, in Luxemburg drei Jahre, was zu Schwierigkeiten bei der internationalen Anerkennung der Diplome geführt hätte.

Die Lehrerausbildung hat sich in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts im Laufschrift von der Normalschule zur universitären Ausbildung reformiert. Erst 1958 wurde aus einer Sekundarausbildung ein *bac plus*-Studium. Der Lehrer musste nach dem Abschluss in der Normalschule (getrennte Ausbildung für Lehrer und Lehrerinnen!) noch zwei zusätzliche Prüfungen (2. und 1. Rang) ablegen, um alle Schuljahre der damaligen Primärschule unterrichten zu dürfen. Mit der Gründung des *IP (Institut Pédagogique)*, später des

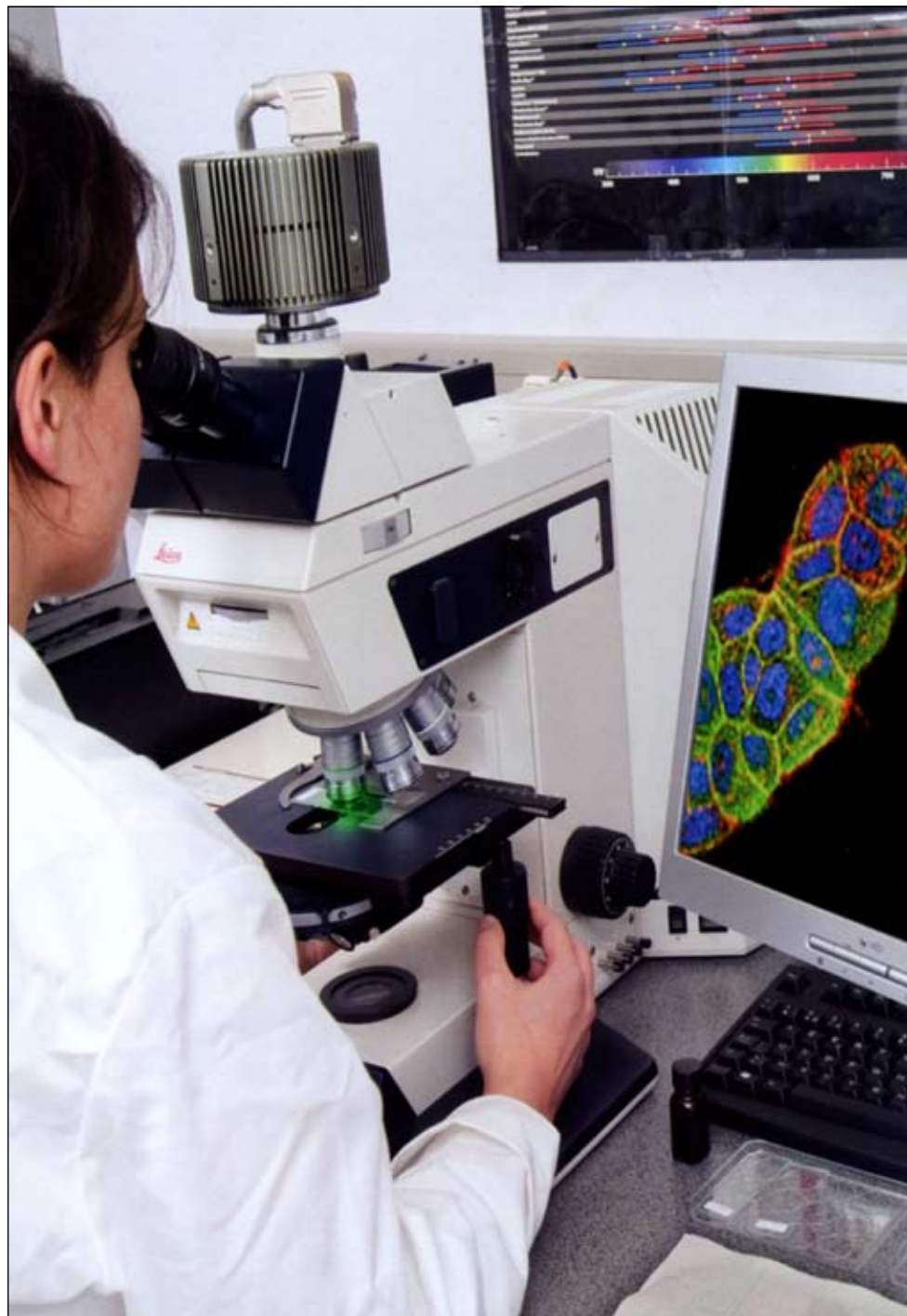
ISERP (Institut supérieur d'études et de recherches pédagogiques) im Jahr 1983 wurde der Zugang zur Ausbildung der Lehrer nach sieben Sekundarschuljahren durch Aufnahmeprüfung geregelt. Die dreijährige postsekundäre Studienzeit sollte für manchen Gesprächsstoff sorgen, so wie auch die neueste Reform nicht kommentarlos öffentliche Akzeptanz gefunden hat.

Vorschullehrerinnen haben diesen Prozess mit spezifischen Hürden durchlaufen. Ihr Ausbildungsweg war noch komplizierter! Je kleiner die Kinder, desto kürzer die Ausbildung: Dies schien ein Grundsatz zu sein, der mancherorts noch immer Geltung zu haben scheint. Trotz der Neuregelung

der Zulassung der Spielschullehrer, meistens Frauen, zum Pädagogischen Institut und nun zur akademischen Fakultät, besteht auch heute noch eine weitgehende Geringschätzung dieses Berufes.

Die *Educateurs* wurden in einem eigens geschaffenen Institut (*Institut d'Etudes Educatives et Sociales*) ausgebildet, teilweise mit Hochschulcharakter (*Educateur gradué*), aber auch mit direkt berufsbezogener Finalität.

Alle Institute haben natürlich ihre eigene Entstehungsgeschichte, auf die ich hier nicht länger eingehen kann.





Eine unvollendete Geschichte

Ein neues Hochschulgesetz

Diese bestehenden Hochschulinstitute wurden durch das Gesetz vom 11. August 1996 – unter Minister Marc Fischbach ausgearbeitet und eingebracht – zu eigenständigen *établissements publics*. Alle sollten eigene Verwaltungsräte haben. Die Regeln, wie Studenten betreut und Unterrichtsfächer besetzt wurden, waren verschieden, jede Struktur hatte eigene Räumlichkeiten, auf Limpertsberg, in Walferdingen, auf Kirchberg und in Fentingen.

ISERP und *IEES* blieben unter ministerieller Aufsicht, in die Verwaltungsräte der beiden anderen Institute berief ich Manager aus der Privatwirtschaft. Eine Herausforderung, der sich Norbert von Kunitzki (*Centre Universitaire*) und Prosper Schroeder (*IST*) mit viel Einsatz widmeten. Diese Übergangszeit zeigte klar, wie kompliziert es war, die gewachsenen Strukturen zu entflechten und anders zu denken, um einen neuen Anlauf zu nehmen.

Außerdem wären die beiden im Gesetz von 1996 vorgesehenen *établissements publics*, das *ISERP* und das *IEES*, noch zu schaffen gewesen, was wiederum zwei neue Verwaltungsräte mit neuer Personalbesetzung bedeutet hätte.

Im Beisein von Großherzog Henri:
Eröffnung der Luxembourg School of Finance



Der Bologna-Prozess

In der Zwischenzeit war die europäische Hochschullandschaft in Bewegung geraten: Der Bologna-Prozess war 1998 eingeleitet worden. Anlass waren die Feiern zum 800-jährigen Bestehen der Sorbonne sowie dem 900-jährigen Bestehen der Universität von Bologna, der ältesten Europas. In Paris hatten sich die Erziehungsminister Frankreichs, Deutschlands, Italiens und des Vereinigten Königreichs zu einer gemeinsamen Hochschulreform verpflichtet, um die Studiengänge aufeinander abzustimmen und den Studenten mehr Mobilität zu ermöglichen. Man einigte sich auf die 3-5-8 Klausel: das erste Diplom (*bachelor*) nach drei Studienjahren, das zweite (*master*) nach zwei weiteren Jahren, und ein Doktorat (*PhD*) nach zusätzlichen drei Jahren.

Ich möchte dem Leser den Bericht über die Debatten im Rat der europäischen Erziehungsminister ersparen. Der Alleingang zu viert sorgte allemal für Entrüstung, insbesondere bei den Spaniern und Portugiesen, die bedeutende Universitäten in ihren Sprachräumen aufzuweisen hatten.

Bemerkenswert war allerdings, dass man sich auf die britische Struktur und sogar auf ihre Terminologie geeinigt hatte! Dass die Franzosen *master* seither *master* schreiben, ändert nichts an der Tatsache, dass das Beispiel angelsächsischer Universitäten Schule machen sollte, so dass auch asiatischen und amerikanischen Studenten der Zugang zur europäischen Hochschullandschaft verständlich sei.

Unterzeichnet haben in Bologna Minister der fünfzehn EU-Mitgliedstaaten, aber auch Rektoren von Universitäten aus Nicht-EU-Staaten. Insgesamt neunundzwanzig Länder verpflichteten sich, ihre Studiengänge so auszurichten. Es handelte sich also um eine Absichtserklärung und nicht um eine gemeinsame europäische

Michel Wolter stellt das Projekt der Industriebranchen
mit Standort für die Universität in Belval vor



Politik.

Für Luxemburg bedeutete das, dass unsere Zugangsregeln – mit zwei Vorbereitungs Jahren seit 1996 – nicht mehr funktionieren würden, sollten die Universitäten ihr erstes Diplom bereits nach drei Jahren verleihen. Der Zugang unserer Studenten musste demnach anders geregelt werden. Zum Schluss der Legislaturperiode 1995-1999 stellte sich demnach die Notwendigkeit einer Abänderung des Gesetzes von 1996, das noch nicht einmal ganz zur Ausführung gekommen war.

Universität und Forschung

Das neue Millennium wurde mit einem großen Vorsatz europäisch eingeleitet: Europa solle die größte Wissens- und Forschungsgemeinschaft weltweit werden. Deshalb müssten die Mitgliedstaaten drei Prozent ihres Bruttoinlandprodukts als Investition in Forschung und Entwicklung aufbringen, davon ein Prozent aus öffentlichen Geldern, die restlichen zwei Prozent aus der Privatwirtschaft. Diese Erklärung, bekannt als „Lissabon-Strategie“, hat der Forschung hier zu Lande einen nicht unbedeutenden Schub gegeben.

Im Bereich der privaten Forschung waren die Investitionen mit über zwei Prozent des BIP beachtlich. Vor allem Großbetriebe wie *Good Year* und *Arbed* hatten wichtige Forschungszentren hier aufgebaut. Die staatliche Investition aber dümpelte bei 0,29 Prozent.

Was in den *CRPs* geleistet wurde, war wenig sichtbar. Es gab keine Kommunikationsstrategie, es sei denn der verantwortliche Leiter kümmerte sich selbst um die Vermarktung seiner Reputation. Die Analyse der Forschungslandschaft in einem 1997 organisierten *Hearing* mit ausländischen Experten kam bereits damals zur Schlussfolgerung, die Zusammenarbeit der Forschungsinstitute sei zu verbessern.

Hochschulministerin
Erna Hennicot-Schoepges
und Germain Dondelinger
bei der Vorstellung des
Gesetzes über die Universität



Kompetenz und internationale Kontakte waren vorhanden, es fehlte aber an finanzieller Flexibilität, um mehrjährige Projekte zu ermöglichen. Der *Fonds national de la Recherche* wurde 1999 gegründet und mit erheblichen finanziellen Mitteln ausgestattet. Seither konnte er Wesentliches dazu beitragen, um die Forschung in Luxemburg sichtbar zu machen, die Sensibilisierung der Jugendlichen und die Zusammenarbeit der Institute zu fördern.

Vorbereitung des Projekts *Uni.lu*

Inzwischen hatte ich eine kleine Beratergruppe damit beauftragt, Vorschläge über die Hochschulentwicklung in Luxemburg einzubringen. Ein Vertreter war der Rektor der irischen Universität Limerick. Diese neue Universität, auf einer Industriebrache von Null auf neu aufgebaut, war ein Vorbild dafür, wie eine Region wirtschaftliche Schwierigkeiten konstruktiv überbrücken konnte.

Der frühere Rektor der Universität Marseille hatte schon vorher in Expertengremien der *Cours Universitaires* mitgearbeitet. Ein Schweizer Professor brachte die Erfahrung eines mit seinen Universitäten sehr erfolgreichen Landes mit.

Sämtliche Vorschläge gingen in Richtung einer kleinen eigenständigen Universität, gekoppelt mit Forschungsaufträgen und hochkarätigen Experten. Also eine Universität in der Großregion, aber mit Kontakten über die herkömmlichen Verbindungen mit Metz, Trier, Nancy und dem Saarland hinaus.

Die erste Neugründung im 21. Jahrhundert

Als eigenständiger Staat sollte Luxemburg seine Möglichkeiten nutzen, um Abkommen mit Universitäten in Amerika und Asien zu schließen.

Die Professoren sollten nach den üblichen Prozeduren internationaler Hochschulen ausgewählt werden. Es wäre die erste Neugründung einer europäischen Universität im neuen Jahrtausend, ein Leuchtturmprojekt für unser Land auf dem Weg in eine neue Zeit.

Konkret bedeutete dies eine Entkopplung vom bisherigen System der Auswahl der Professoren sowie eine einzige Struktur statt der zuvor vier *établissements publics*. Die Aufnahme ausländischer Studenten würde natürlich bedeuten, dass auch in Wohnungen investiert werden müsste.

So faszinierend mir diese Möglichkeiten schienen, so war mir doch bewusst, dass es noch beträchtliche Hürden zu nehmen gäbe. Wie sollte ich mit den Professorenvereinigungen über diese Vorschläge diskutieren, ohne den Schulfrieden ernsthaft in Gefahr zu bringen?

Nach den Wahlen vom Juni 1999 schlug ich vor, Hochschule und Forschung vom Unterrichtsministerium loszulösen. So entstand das *MCESR (Ministère de la Culture de l'Enseignement supérieur et de la Recherche)*.

Bis kurz vor der Pressekonferenz, in der Jean-Claude Juncker die neue Regierung vorstellen sollte, wurde um die Reihenfolge der Benennung gefeilscht: Daraus hätte sich vielleicht herauslesen lassen, wer denn nun wem untergeordnet würde. Wir entschieden uns dann für die alphabetische Reihenfolge, der immerhin keine Hierarchie-Hintergedanken zu unterstellen waren!

Natürlich wurde über das neue Hochschulministerium gespottet. Luxemburg hatte eine Regierung ohne Universität, dafür aber zwei für das Erziehungswesen zuständige Minister. Und im Koalitionsabkommen der neuen Mannschaft war auch nicht die Rede von der Schaffung einer Universität.

In dem neuen Ministerium wussten wir, dass wir keine Zeit zu verlieren hatten. Das

Das neue Millennium wurde mit einem großen Vorsatz europäisch begangen: Europa sollte die größte Wissens- und Forschungs-gemeinschaft weltweit werden.

Gesetz vom 22. Juni 2000 verbesserte die Studienbeihilfen. Das *Centre de psychologie et d'orientation scolaires* zog in neue Räumlichkeiten, von der Route de Longwy in die Route d'Esch.

Die Universität

Es galt nun, den Vorschlag der Expertengruppe nach außen zu vermitteln und den Meinungs austausch zu fördern. Am 23. Mai 2001 stellte ich der Presse das mögliche Konzept einer Universität vor.

Die Erstellung des Weißbuches, eine Diskussion im Parlament und zahlreiche Einzelgespräche haben das Gesetz beeinflusst, das im Herbst 2002 in die legislative Prozedur ging.

Zurückbehalten wurde aus den Debatten eine Gliederung in drei Fakultäten. Ein Schwerpunkt war unangefochten die *Faculté de Droit, d'Economie et de Finances* mit Spezialausbildung im europäischen Recht. Die Präsenz des Europäischen Gerichtshofes in Luxemburg war schließlich ein ausgezeichnetes Argument, um Vorteil aus den Kompetenzen vor Ort zu ziehen.

Parallel dazu gab es den Druck der Luxemburger Bankenvereinigung: Sie wollte die *School of Finance* sofort starten. Mit einer *lettre de mission* ausgestattet,

François Tavenas, der erste Rektor der Universität

Rundtischgespräch: „L'université pour ou malgré les étudiants“





Eine unvollendete Geschichte

hat dann der beauftragte Professor Pierre Armand Michel Spezialisten angeworben.

So konnte noch vor der Verabschiedung des Gesetzes im Juli 2003 die Sparte für Finanzen ab Januar funktionieren.

Schwieriger sollte sich die inhaltliche Diskussion um die *Faculté des Sciences, de la Technologie et de la Communication* gestalten. Das *IST* sollte zu einem *bachelor professionnel* mit Berufszugang hinführen, aber auch die Möglichkeit einer Zulassung zur akademischen Laufbahn nicht ausschließen. Das war absolutes Neuland im europäischen Hochschulwesen! Widerstand kam von der Industriellenföderation, die am liebsten die dreijährige Ausbildung am alten *IST* beibehalten hätte.

Ähnliche Diskussionen gab es bei der dritten Fakultät mit dem Schwerpunkt *Lettres, Sciences Humaines, Arts et Sciences de l'éducation*. Auch hier sollte die Lehrerausbildung zu einem Diplom mit direktem Berufsabschluss führen. Die Debatte um die Inhalte der beruflichen Ausbildung war bei der Verabschiedung des Gesetzes längst nicht abgeschlossen. Sie ist es zu diesem Zeitpunkt wahrscheinlich auch noch nicht.

© SIP



September 2003: Lothringische Rektoren und der Bürgermeister von Nancy, André Rossinot, im Gespräch mit Erna Hennicot-Schoepges

Die parlamentarische Hürde

Das Gesetz konnte dank der ausgezeichneten Planung der Präsidentin des für das neue Ministerium zuständigen Ausschusses im Parlament, Nelly Stein, noch vor den Sommerferien 2003 gestimmt werden. Einstimmig! Nelly Stein war auch die Berichterstatterin. Gegner aus den eigenen Reihen hatten zwar versucht, das Votum auf den Herbst zu verschieben, was aber bedeutet hätte, dass das Inkrafttreten des Gesetzes sich auf Anfang 2004 verschoben hätte, und das Projekt letztlich zum Scheitern hätte bringen können.

Grenzen der Autonomie

Auch der Staatsrat verfasste sein Gutachten fristgerecht, äußerte zu der im ursprünglichen Text vorgesehenen Autonomie allerdings verfassungsrechtliche Bedenken. Da unser Grundgesetz ausdrücklich festschrieb, dass Erziehungsfragen nur per Gesetz zu regeln seien, war diesem Umstand Rechnung zu tragen, es sei denn, die Passage wäre in der Verfassung abgeändert worden. Doch dazu war die Zeit zu knapp.

Die Ernennung des ersten Rektors konnte bereits im Herbst 2003 vorgenommen werden. Mit François Tavenas, Rektor an der Universität Laval in Québec, begann eine vorzügliche Aufbauarbeit. Seinen ersten Vierjahresplan hatte er fertig gestellt, als er leider unerwartet am 13. Februar 2004 verstarb. Dabei hatte sich François Tavenas doch so gefreut, in Luxemburg eine neue Aufgabe anzugehen. Nach seinen Erfahrungen in Québec hätte er auf seine vielen Kontakte zurückgreifen können, und seine ersten Gespräche mit Industriellen und Betrieben waren sehr ermutigend. Für mich war sein Tod ein schwerer Schock.



François Tavenas

Es kam dann eine Übergangsphase, in der Vizerektor Jean-Paul Lehnens mit der ihm eigenen Sensibilität die Geschicke der *Uni.lu* lenkte.

Meine Zeit endete nach den Wahlen 2004. Die Universität hat sich weiter entwickelt, und mit Rolf Tarrach wurde ein Rektor gefunden, der sowohl den luxemburgischen Mikrokosmos versteht als auch die Chance für ein kleines Land sieht, aus seiner neuen Universität ein Vorbild neuerzeitlicher Hochschulkultur zu machen.

Post Scriptum

Dieser Rückblick auf eine spannende politische Phase ist weder ausgiebig noch komplett. Er besteht aus meinen persönlichen Erinnerungen. Vieles wäre noch hinzuzufügen, viele Personen wären zu nennen, einige davon waren entscheidend am Gelingen des Projekts beteiligt, und ihnen gilt mein Dank für die Unterstützung. Sie gaben mir den Mut, trotz aller Wirrnisse durchzuhalten.

Dass es viele Gegner gab, war mir von Anfang an bewusst. Trotzdem habe ich nie daran gezweifelt, dass es der richtige Ansatz war, um die Zukunft unseres Landes neu zu gestalten.

Über die Standortprobleme bliebe eine ähnlich lange Rezension zu schreiben. Vieles fällt mir im Rückblick dazu ein: Immerhin haben wir derzeit aus vier Standorten drei gemacht. Innerhalb von sechs Jahren ein wahrer Kraftakt!

Erna Hennicot-Schoepges